

Nobelpreis für Chemie-Turbo

Akademie zeichnet Deutschen aus



Benjamin List hat ein neues Werkzeug für den Aufbau von Molekülen entwickelt.
FOTO: ARCHIV/DPA

Stockholm. Der Deutsche Benjamin List und der in Schottland geborene, in den USA arbeitende Forscher David W.C. MacMillan bekommen für eine raffinierte Methode zur Beschleunigung chemischer Reaktionen den Nobelpreis für Chemie. Das teilte die Königlich-Schwedische Akademie der Wissenschaften in Stockholm am Mittwoch mit. List ist nach dem Klimaforscher Klaus Hasselmann (Physik) schon der zweite Nobelpreisträger aus Deutschland in diesem Jahr.

List und MacMillan (beide 53 Jahre alt) hätten ein neues Werkzeug für den Aufbau von Molekülen entwickelt, die asymmetrische Organokatalyse, hieß es. Sie werde für die Erforschung neuer Arzneimittel eingesetzt und habe dazu beigetragen, Chemie umweltfreundlicher zu machen. Katalysatoren beschleunigen chemische Reaktionen, ohne dabei selbst verbraucht zu werden. Vereinfacht gesagt helfen sie dabei, dass sich Molekül A in Molekül B umwandelt. Die Bedeutung von Katalysatoren ist damit immens, praktisch kein chemischer Prozess in der Industrie kommt ohne sie aus. Lange Zeit standen zwei Typen von Katalysatoren im Fokus: Metalle, die zum Beispiel zur Aufbereitung der Abgase im Auto verwendet werden, und Enzyme, die beispielsweise in unserem Verdauungstrakt unsere Nahrung in kleinste Komponenten aufspalten.

„Ein unglaublicher Moment“

Im Jahr 2000 veröffentlichten List, Direktor am Max-Planck-Institut für Kohlenforschung in Mülheim an der Ruhr, und MacMillan, der an der Princeton-Universität lehrt, unabhängig voneinander Studien, in dem sie Beispiele einer bis dato unterschätzten Methode vorstellten, die heute als asymmetrische Organokatalyse bekannt ist. Die beiden Forscher zeigten, dass einfache Moleküle, häufig gewonnen aus Naturstoffen, ähnlich effizient als Katalysatoren wirken wie Metalle. Dabei haben diese organischen Moleküle entscheidende Vorteile: Sie sind vergleichsweise billig, in der Regel unbedenklich für Mensch und Natur und lassen sich gut recyceln.

Der deutsche Preisträger List saß gerade in einem Amsterdamer Café, als er telefonisch über seine Auszeichnung informiert wurde. „Als wir gerade bestellen wollten, sah ich auf dem Display so „Schweden“. Ich guckte meine Frau an, wir lächelten uns ironisch an – „Haha, das ist der Anruf. Als Witz. Aber dann war es wirklich der Anruf. Ein unglaublicher Moment.“ DPA

BERLIN-WAHL

Senat sieht keine flächendeckenden Pannen

Berlin. Eineinhalb Wochen nach dem Superwahltag in Berlin hat der Senat erstmals Angaben zum ungefähren Ausmaß von Pannen und Organisationsmängeln gemacht. Nach Angaben von Innensenator Andreas Geisel (SPD) gab es „in vermutlich etwa 100 der 2245 Wahllokale“ Vorkommnisse, die über die bei jeder Wahl üblichen Nachzählungen hinausgehen. Diese Probleme würden derzeit noch überprüft, teilte die Senatsinnenverwaltung am Mittwoch mit. Der Anteil der Wahllokale, in denen größere Probleme etwa wegen fehlender oder falscher Stimmzettel auftraten, beträgt demnach etwa 4,5 Prozent. „In der überwiegenden Mehrzahl der Wahllokale haben die Verantwortlichen trotz der hohen Belastung gute Arbeit geleistet.“ DPA

AFGHANISTAN-BILANZ

Generalinspekteur warnt vor falschen Schlüssen

Berlin. Die rasche Machtübernahme der Taliban in Afghanistan beweist aus Sicht des Generalinspektors der Bundeswehr, Eberhard Zorn, nicht, dass westliche Militärinterventionen in Konfliktregionen generell zum Scheitern verurteilt sind. „Mir ist wichtig, dass wir ... nicht den Schluss ziehen, dass internationales – auch militärisches – Krisenmanagement mit dem Ziel der Stabilisierung einer Region nicht erfolgversprechend sein kann und daher besser erst gar nicht versucht werden sollte“, sagte Zorn am Mittwoch zu Beginn einer Bilanzdebatte des Verteidigungsministeriums zu dem Einsatz. Zorn betonte, es sei dennoch dringend notwendig zu fragen: „Haben wir das Land und seine Bevölkerung überfordert?“ DPA

Erinnerung an Massaker in Ukraine

Bundespräsident Steinmeier bezeichnet deutsche NS-Verbrechen als Holocaust durch Kugeln

VON THERESA MÜNCH

Kiew. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat in der Ukraine an die deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg erinnert und zu einem intensiveren Gedenken aufgerufen. „Ohne ehrliche Erinnerung gibt es keine gute Zukunft“, sagte er am Mittwoch bei einer Gedenkfeier in Kiew. Die Orte nationalsozialistischer Verbrechen auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion hätten „keinen angemessenen Ort in unserer Erinnerung“. „Die Ukraine ist auf unserer Landkarte der Erinnerung nur viel zu blass, viel zu schemenhaft verzeichnet“, sagte Steinmeier.

Vor mehr als 80 Jahren – am 22. Juni 1941 – überfiel Hitlerdeutschland im Zweiten Weltkrieg die Sowjetunion. Das kommunistische Land verzeichnete mit 27 Millionen Toten die größte Zahl an Opfern in Europa. Steinmeier hatte zum 80. Jahrestag bereits kritisiert, die Kriegssopfer der Völker der damaligen Sowjetunion seien weniger stark in das kollektive Gedächtnis eingeebnet, als ihr Leiden es fordere.

„Ohne ehrliche Erinnerung gibt es keine gute Zukunft.“

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

In Kiew sprach er zum 80. Jahrestag des Massakers von Babyn Jar. Am 29. und 30. September 1941 erschossen deutsche Einsatzgruppen mit Soldaten, Polizisten und SS-Männern hier 33.771 jüdische Bewohner der besetzten Stadt. Bis zur Befreiung der ukrainischen Hauptstadt durch die Rote Armee im November 1943 wurden in Babyn Jar (Altweiberschucht) rund 100.000 Menschen ermordet. Die Schlucht gilt als das größte Massengrab in Europa.

„Es waren Deutsche, die diese Gräueltaten begangen haben. Worte versagen im Wissen unvorstellbarer Grausamkeit und Brutalität an diesem Ort“, sagte Steinmeier. Die Menschenrechtsverbrechen des Holocaust hätten nicht erst in den Konzentrationslagern, den deutschen Todesfabriken wie Auschwitz begonnen, sondern bereits auf dem Feldzug Richtung Osten. „Weit mehr als eine Million Juden fiel diesem Holocaust durch Kugeln in der Ukraine zum Opfer“, sagte Steinmeier und

Antisemitische Schmierereien an Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau

Mehrere historische Gebäude der NS-Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau sind mit antisemitischen Parolen beschriftet worden. Die Gedenkstätte machte den Vorfall am Dienstag über Twitter publik. Es handele sich um einen „abscheulichen Angriff auf das Symbol einer der größten Tragödien der Menschheitsgeschichte und einen extrem schmerzhaften Schlag gegen das Gedenken an all die Opfer“, die im größten deutschen Vernichtungslager im Zweiten Weltkrieg starben.

Neun hölzerne Baracken seien mit Parolen auf Englisch und Deutsch besprüht worden, hieß es. Einige davon nahmen Bezug auf Bibelpassagen, die häufig von Antisemiten zitiert



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier legte bei der Umbettungsstätte für die Opfer der deutschen Massaker in Korjukiwka Blumen nieder. Anfang März 1943 wurden dort unter einem SS-Sonderkommando rund 6700 Menschen als Reaktion auf die sowjetische Partisanenbewegung ermordet. Anschließend sprach Steinmeier auf einer Gedenkveranstaltung in Babyn Jar.
FOTO: PEDERSEN/DPA

fragte: „Wer in meinem Land, in Deutschland, weiß heute von diesem Holocaust durch Kugeln? Wer kennt sie, diese mit Blut getränkten Namen?“

An den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj und den israelischen Präsidenten Itzhak Herzog gewandt betonte er: „Wir Deutsche wissen um unsere Verantwortung

vor der Geschichte. Es ist eine Verantwortung, die keinen Schlussstrich kennt. Es ist eine Verantwortung für unsere gemeinsame Zukunft.“ Doch leider könne er heute nicht sagen, dass die Deutschen ein für alle Mal aus der Geschichte gelernt hätten. „Es schmerzt mich und es macht mich zornig, dass Antisemitismus auch in Deutschland – ausgerechnet in Deutschland – wieder stärker geworden ist“, betonte Steinmeier.

Selenskyj nannte das Massaker von Babyn Jar ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Babyn Jar sei „ein Ort, den Gott für immer verlassen hat“. Herzog sprach von zwei Verbrechen in der Schlucht: Dem Massenmord und dem Versuch, daran nicht mehr zu erinnern. So etwas dürfe nie wieder geschehen.

Die Babyn-Jar-Gedenkstätte veröffentlichte eine Liste mit 159 Beteiligten an dem Massaker. „Einige waren Schützen, andere holten die Juden aus ihren Häusern, andere nahmen ihre Habseligkeiten und ihr Gepäck“, hieß es. Nur einige Offiziere seien nach Ende des Zweiten Weltkriegs verurteilt worden. „Die große Mehrheit kehrte zu einem normalen Leben nach dem Krieg zurück.“ Histori-

ker vermuten, dass niemand der Beteiligten mehr am Leben ist.

Umstritten ist der geplante Bau einer Holocaust-Gedenkstätte in Babyn Jar zur Erinnerung an die 2,5 Millionen ermordeten Juden in Osteuropa. Nationalistische Kreise in der Ukraine werfen dem Projekt vordergründig wegen russischer Geldgeber eine zu große Nähe zum Nachbarland vor. Sie befürchten, dass der Beteiligung von ukrainischen Helfern am Holocaust zu viel Raum gegeben werde. Selenskyj zeigte sich dagegen überzeugt von der Idee. „Das wird den Ermordeten nicht helfen, aber den Lebenden“, sagte er.

Steinmeier besuchte auch eine Gedenkstätte im nördlich von Kiew gelegenen Ort Korjukiwka, wo innerhalb von zwei Tagen rund 6700 Männer, Frauen und Kinder der größten und brutalsten Strafaktion des Zweiten Weltkriegs zum Opfer gefallen waren. Nach einer Kranzniederlegung und dem Besuch des Stadtmuseums sprach der Bundespräsident hier mit Schülern und Lehrern darüber, wie man in Korjukiwka an die deutschen Verbrechen erinnert.

Staatsanwaltschaft ermittelt

Nach Vorfall in einem Leipziger Hotel liegen mehrere Anzeigen vor

VON BIRGIT ZIMMERMANN

Leipzig. Nach den Antisemitismus-Vorwürfen gegen ein Leipziger Hotel bemühen sich Polizei und Staatsanwaltschaft um Aufklärung. Inzwischen liegen den Ermittlern mehrere Anzeigen vor. Der betroffene Musiker Gil Ofarim äußerte sich am Mittwoch enttäuscht, dass er bisher keine Entschuldigung des Hotels erhalten habe. Er hatte in einem Video geschildert, dass ihn ein Hotelmitarbeiter am Montagabend aufgefordert hatte, seine Kette mit Davidstern abzulegen. Der beschuldigte Hotelmitarbeiter erstattete laut Polizei seinerseits Anzeige wegen Verleumdung. Er schildere den Vorfall deutlich anders als der Künstler.

Der Sprecher der Leipziger Polizei, Olaf Hoppe, sagte am Mittwoch, dass Ofarim bislang keine Anzeige erstattet habe. Allerdings sei eine Online-Anzeige eines unbeteiligten Dritten wegen Volksverhetzung eingegangen. Die Staatsanwaltschaft erklärte, dass die Vorwürfe gegen den Hotelmitarbeiter „umfassend auf ihre strafrechtliche Relevanz“ geprüft wurden. „Nun gilt es abzuwarten, was die Ermittlungen ergeben und was tatsächlich an dem Tag geschehen ist“, sagte Hoppe.

Der beschuldigte Angestellte habe indes Anzeigen wegen Verleumdung und Bedrohung gestellt. Er habe den Vorfall „deutlich abweichend von den Aussagen des Künstlers dargestellt“, sagte Hoppe. Zudem

hätten sich Menschen in den sozialen Netzwerken völlig entfesselt gegenüber dem Hotelpersonal geäußert. Der Mitarbeiter habe über Instagram Drohnachrichten erhalten, teilte die Staatsanwaltschaft mit. Über ihn lägen bisher keine Erkenntnisse im Zusammenhang mit rechtsgerichteten und antisemitischen Straftaten vor. Das Hotel „The Westin Leipzig“ hat zwei Mitarbeiter beurlaubt.

Unterdessen kritisierte der Zentralrat der Juden eine Reaktion des Hotels auf den Vorfall. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatten am Dienstagabend bei einer Solidaritätskundgebung vor dem Gebäude ein Banner

hochgehalten, auf dem neben dem Hotelnamen auch die Flagge Israels und der islamische Halbmond zu sehen waren. „Nach der antisemitischen Anfeindung gegen einen Juden in Deutschland fällt dem Hotel nichts anderes ein, als die israelische Flagge und Symbole des Islam auf ein Banner zu drucken“, sagte der Präsident des Zentralrats, Josef Schuster. Der Antisemitismus-Beauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, zeigte sich bestürzt. „Dass ein Mensch in der Öffentlichkeit einer gut besuchten Hotellobby antisemitisch diskriminiert und angefeindet wird, entsetzt mich“, sagte er dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND).

Nach Antisemitismus-Vorwürfen hatten sich Hunderte Menschen vor dem Leipziger „The Westin Hotel“ versammelt, um Solidarität mit dem Musiker Gil Ofarim und Jüdinnen und Juden in Deutschland zu zeigen.
FOTO: DIRK KNOFE/DPA



Absage an Gendersternchen

Berlin. In der offiziellen Kommunikation aller Dienststellen des Bundes sollen geschlechtssensible Wortkonstruktionen mit Sonderzeichen weiterhin nicht verwendet werden. „Solche Schreibweisen gelten derzeit als rechtschreibwidrig“, heißt es in einem Schreiben des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Das Ministerium halte sich an Vorgaben des Deutschen Rechtschreibrates, wonach Sonderzeichen als Wortbestandteile in offizieller Kommunikation nicht verwendet werden sollen. Menschen mit „diverser oder offenem Geschlechtseintrag“ sollen dem Ministerium zufolge in Beidnennungen wie etwa bei „Ärztinnen und Ärzte“ mitgemeint sein, da „der Anteil der Personen (...) sehr gering ist“.

Im Bund seien bereits seit 2001 alle Dienststellen und Beschäftigten dazu aufgerufen, „die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen sprachlich zum Ausdruck zu bringen“, hieß es weiter. So werde das sogenannte generische Maskulinum – wenn also Wörter wie „Bürger“ grammatisch männlich sind, aber Menschen jeden biologischen Geschlechts bezeichnen sollen – bereits vermieden. Wenn es um Gruppen mit unbestimmten Geschlecht gehe, würden geschlechtsneutrale Formulierungen gewählt, wie etwa „Studierende“ statt „Studenten“. „Der Bundesfamilienministerin ist es wichtig, dass in der Sprache immer der Respekt gegenüber jedem Menschen zum Ausdruck kommt“, sagte ein Sprecher. DPA